

Prozeß seit dem Opiumkrieg eingeordnet sind. Ob und wie weit sich das Stück stilistisch von der revolutionären Romantik gelöst hat, scheint allerdings fraglich. -st-

#### AUSSENWIRTSCHAFT

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(27)

#### EG und Volksrepublik erneuern Kooperationsabkommen

Die Volksrepublik China und die EG haben ein Kooperationsabkommen paraphiert, das den am 3. April 1978 abgeschlossenen Fünfjahresvertrag zur Förderung der beiderseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen um weitere fünf Jahre verlängert. Gleichzeitig wurden mehrere neue Bereiche für die chinesisch-europäische Zusammenarbeit erschlossen. Das Kooperationsabkommen ermöglicht eine Intensivierung der Beziehungen in allen Bereichen, wobei das Schwergewicht nach Angaben aus Brüssel künftig auf die Sektoren Industrie, Bergbau, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Energie, Verkehr, Umweltschutz sowie auf die Zusammenarbeit in Drittländern gelegt wird. Die Kooperation soll insbesondere durch Joint Ventures, den Austausch von Wirtschaftsinformationen, technische Hilfe, Investitionsförderung u.ä. gefördert werden.

Bezüglich der EG-Finanzhilfe an China, eines der heikelsten Probleme bei der Aushandlung des Vertragswerkes, einigten sich beide Parteien auf eine Kompromißformel, nach welcher die EG ihre Absicht bekündigt, Entwicklungshilfe "gemäß ihren Möglichkeiten" zu leisten. Eine rechtliche Verpflichtung oder gar ein eigentliches Finanzprotokoll gibt es freilich nicht. Das fünfjährige Kooperationsabkommen, das anschließend jedes Jahr automatisch verlängert werden kann, dürfte Anfang 1985 in Kraft treten, sofern es im Herbst 1984 vom EG-Ministerrat und der chinesischen Spitze unterzeichnet wird, woran jedoch nicht gezweifelt wird.

Der bestehende Handelsvertrag enthält als wesentlichen Punkt die gegenseitige Einräumung der Meistbegünstigungsklausel. Darüber hinaus wurde die Volksrepublik 1980 erstmals in die Liste derjenigen Entwicklungsländer aufgenommen, die vom EG-Schema der allgemeinen Zollpräferenzen profitieren.

Die Gemeinschaftseinfuhren aus China haben sich in den letzten

Jahren vervierfacht, während die EG-Exporte nach der Volksrepublik um das 2 1/2fache gesteigert werden konnten. Die EG-Importe stiegen von 1975 bis 1983 von 668 Mio.ECU auf 2,665 Mrd.ECU, während die EG-Ausfuhren in der gleichen Zeit von 1,154 Mrd.ECU auf 2,755 Mrd.ECU zunahmen.

Die EG-Kommission hat gegen die Volksrepublik in zwei Fällen Anti-Dumping-Verfahren eingeleitet. Im ersten Fall handelt es sich um die Einfuhr von Rollenketten für Fahrräder und Krafträder. Die EG-Kommission reagierte damit nach eigenen Angaben auf eine Beschwerde des deutschen Fachverbandes Fahrrad- und Kraftradteileindustrie, die von den übrigen EG-Herstellern unterstützt wurde. Die Volksrepublik China (und auch die UdSSR) haben dieser Beschwerde zufolge ihren gemeinsamen Anteil am EG-Markt dank einer anhaltenden Niedrigpreispolitik im Jahre 1983 auf 11,5% gegenüber 9,2% im Jahre 1982 ausgedehnt. Die Preise der sowjetischen und chinesischen Ketten lägen bis zu um 50% unter dem EG-Niveau, so hieß es in Brüssel.

Mit Wirkung vom 26.9.1984 hat die EG-Kommission bei der Einfuhr von künstlichem Korund aus der Volksrepublik China (und der CSSR) einen vorläufigen Anti-Dumping-Zoll festgesetzt. Der Zollsatz, der zunächst für die Dauer von vier Monaten gilt, beträgt für China 8,3% bei braunem und 6,2% bei weißem Korund. Der Zollbeschluß geht auf einen Antrag des EG-Chemiedachverbandes CEFIG vom September 1983 zurück, der sich ursprünglich gegen Spanien und Jugoslawien gerichtet hatte. (NFA, 7.9., 27.9., 2.10.84; NZZ, 26.9. und 2.10.84) -lou-

\*(28)

#### Deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen

Am 2.9.1984 wurde zwischen der Shenyang Dampfkesselgesellschaft (Shenyang Boiler Company) und der Ferd.Lentjes Dampfkessel- und Maschinenbaugesellschaft ein Abkommen über die gemeinsame Produktion industrieller Dampfkessel abgeschlossen. Lentjes wird die Technologie und Schlüsselausrüstungen für die Produktion von mit Öl betriebenen Feuerrohr-Dampfkesseln und gasgefüllten Dampfkesseln liefern. Ein Teil der Produkte wird in der Volksrepublik verkauft werden.

Die Firma Ate-Klimatechnik unterzeichnete ein Abkommen mit der Klimaanlage-Fabrik Shenyang (Shenyang Air-Conditioner Factory) über die gemeinsame Produktion von Fenster-Klimageräten. Die Fabrik

in Shenyang wird 36.900 Klimaanlage mit der Technologie, Ersatzteilen und Rohmaterialien, die von der deutschen Firma geliefert werden, anfertigen. Die Dauer dieses Abkommens zur Gemeinschaftsproduktion wurde auf drei Jahre festgesetzt.

Zwischen der allgemeinen Brauerei Wuhan und der Beijing Everbright Co. Ltd. auf der chinesischen Seite und der AMS-Gruppe (AMS-Anlagenplanung, Hamburg) auf deutscher Seite wurde ein Vertrag zur Errichtung eines Joint Venture abgeschlossen. Das Kapital des Joint Venture, das unter dem Namen Sino-German Yangtse River Brewery Ltd. firmiert, hat ein Volumen von 84,5 Mio.Yuan. Die Laufzeit des Unternehmens wird 15 Jahre sein. In der ersten Phase der Produktion werden jährlich 100 Mio. Flaschen Bier und in der zweiten Phase 200 Mio. Flaschen Bier produziert werden. Die Aufbauperiode wird 24-28 Monate in Anspruch nehmen. Moderne Bauausrüstungen werden aus der Bundesrepublik importiert. 20% der Produktion sollen vom deutschen Partner in andere Länder exportiert werden.

Zwischen der Dresdner Bank, einer japanischen Großbank, der Bank of China sowie drei chinesischen Außenhandelsgesellschaften wurde ein Vertrag zur Gründung einer gemeinsamen Leasing-Gesellschaft unterzeichnet. Das Joint Venture, das unter dem Namen China Universal Leasing Co.Ltd., Beijing, firmiert, ist mit einem Kapital von zunächst 3 Mio.US\$ gegründet worden. Die Kapitalanteile verteilen sich wie folgt:

- 24% Bank of China
- 10% China National Machinery Import and Export Corp.
- 10% China National Instruments Import and Export Corp.
- 10% China National Technical Import Corp.
- 23% Sanwa Bank Ltd., Osaka
- 23% Dresdner Bank AG, Frankfurt.

Die China Universal Leasing soll vor allem den Handel zwischen der Volksrepublik, der Bundesrepublik und Japan fördern. Besonders bedeutsam ist, daß die Leasinggesellschaft selbst als Direktimporteur auftreten kann. Damit entfällt die sonst übliche Vorschaltung von chinesischen Handelsgesellschaften. Die drei beteiligten chinesischen Außenhandelsgesellschaften unterstehen direkt und unmittelbar dem chinesischen Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel. Aus der Zusammensetzung der chinesischen Seite kann geschlossen werden, daß Elektronik, elektrische Ausrüstungen, Transportwesen sowie Ausrüstungsgegenstände besondere Geschäftsschwerpunkte der neuen

Gesellschaft sein werden. (XNA, 3.9.84, 1.10.84; FAZ, 13. und 15.10.84; NZZ, 14.10.84) -lou-

\*(29)

#### Deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Meß- und Normwesen

Der 1979 für fünf Jahre abgeschlossene Vertrag zwischen dem Deutschen Institut für Normung (DIN) und der Volksrepublik wird verlängert. Das Institut teilte mit, der Generaldirektor des Staatlichen Hauptamtes für Normung und Vizepräsident der chinesischen Gesellschaft für Normung, Cheng Chuanhui, habe in Berlin erklärt, daß 4.000 DIN-Normen in den letzten fünf Jahren übersetzt und der chinesischen Wirtschaft als Richtschnur zur Verfügung gestellt worden seien. Zum Beispiel gelten die deutschen Abnahmebedingungen für Werkzeugmaschinen in China unmittelbar. Cheng meinte, eine Milliarde Chinesen lernten DIN als "Maßstab der Technik kennen". Dieses sei auch eine wichtige Grundlage für den Warenaustausch, dem sich auf der Basis einer gemeinsamen technischen Sprache große Chancen eröffneten.

Auf zunächst weitere fünf Jahre haben das chinesische Hauptamt für Metrologie und die Physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig ihr Kooperationsabkommen verlängert. Wie PTB-Präsident Prof. Dieter Kind nach Rückkehr von einer Reise nach China am 8.10.1984 berichtete, habe er abschließend mit dem für Wirtschaftsfragen zuständigen Mitglied des chinesischen Staatsrates und stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhang Jingfu ein einstündiges Gespräch gehabt. Dabei habe Zhang die Hoffnung geäußert, der vorerst einseitige Technologietransfer möge bis zum Jahre 2000 in eine gleichwertige Partnerschaft einmünden.

Die vereinbarte Zusammenarbeit aus dem Jahre 1979 dient vor allem der Hilfe beim Aufbau einer Infrastruktur für das staatliche Meßwesen in China sowie dem Austausch von Meßnormen. Im Rahmen der Zusammenarbeit haben seit Abschluß der Vereinbarung jährlich 5 bis 6 Stipendiaten aus der Volksrepublik in den Labors der PTB gearbeitet. (NFA, 1.10. und 9.10.84) -lou-

\*(30)

#### Carl Duisberg Gesellschaft veranstaltet Seminar in China

Vom 17. bis zum 28. September 1984 fand in Beijing ein Seminar über internationale Wirtschaftsverträge statt, das gemeinsam von der Carl Duisberg Gesellschaft und dem Forschungszentrum für Wirtschaftsrecht des Staatsrates gefördert

wurde. Auf dem Seminar wurden nahezu 30 Aspekte aus den Bereichen der Weltwirtschaft diskutiert, darunter Technologietransfer, multinationale Unternehmen, Auslandsinvestitionen, Joint Ventures und Lizenzverträge. (XNA, 18.9.84) -lou-

\*(31)

#### Neues Joint Venture im Bankenbereich

Nachdem die Bank of China bereits mit der First National Bank of Chicago und der Industrial Bank of Japan in Hongkong ein Joint Venture gegründet hatte, ist nun auch die China International Trust and Investment Corporation (CITIC) in diesem Bereich tätig geworden. Zusammen mit der Orion Royal Pacific, der Hongkonger Filiale der Royal Bank of Canada, hatte die CITIC ein Joint Venture errichtet, das sich mit finanziellem Consulting, Projektfinanzierung und Konsortialkrediten für Firmen beschäftigen soll, die in der Volksrepublik tätig werden wollen.

Das neue Joint Venture unter dem Namen China Investment and Finance (CIF) soll im Dezember 1984 seine Tätigkeit aufnehmen. Das Gesamtkapital beträgt 4,1 Mio. US\$, beide Partner werden 50% des Kapitals halten. CIF wird aus einer Depositengesellschaft, den RoyEast Investments, gebildet, die der Royal Bank of Canada gehört. Das Kapital der kanadischen Seite in Höhe von 2,05 Mio. US\$ ist bereits vorhanden.

Wahrscheinlich wird sich das neue Joint Venture daran beteiligen, die kanadischen Lieferungen für eine neue Zeche in der Volksrepublik zu finanzieren. Später wird sich das Unternehmen wahrscheinlich auch mit Leasing, kommerziellen Krediten und Kapitalmarkt-Operationen beschäftigen. In Hongkong ist es auch als Depositenehmer registriert. Der Vorstandsvorsitzende wird Song Ziming sein, ein stellvertretender Präsident der CITIC. Der geschäftsführende Direktor Robin Gray kommt von der Royal Bank (Financial Times, 4.9.1984). -lou-

\*(32)

#### Schweizer Mischkredit für die Volksrepublik

In Bern wurde ein Abkommen unterzeichnet, nach dem die Schweiz der Volksrepublik China erstmals einen Mischkredit in Höhe von 80 Mio. Schweizer Franken gewährt. Die Summe wird je zur Hälfte vom Bund und von einem schweizerischen Bankenkonsortium aufgebracht. Die Mittel dienen der Finanzierung von schweizerischen Ausrüstungsgütern und Dienstleistungen für die

Volksrepublik. Der Mischkredit ist insbesondere für die Modernisierung von Industriebetrieben in den Bereichen Maschinenbau, Präzisionsinstrumente, Uhrenindustrie und Chemie bestimmt.

Die Kreditbedingungen sind wie folgt geregelt: Der Bundesanteil von 40 Mio. Schweizer Franken wird dem schweizerischen Rahmenkredit zur Finanzierung von wirtschafts- und handelspolitischen Maßnahmen im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit entnommen und ist zinslos; für Ausrüstungsgüter hat er eine Laufzeit von zwanzig Jahren, eingeschlossen eine zinslose Zeit von zehn Jahren; für Dienstleistungen beträgt die Laufzeit fünf Jahre nach Erbringung der Leistung mit einer zinslosen Zeit von zwei Jahren. Die Zinsen und die Laufzeit des Anteils des Bankenkonsortiums in Höhe von 40 Mio. Schweizer Franken entsprechen marktähnlichen Bedingungen. Die Chinesen hatten ein Kreditbegehren in der mehrfachen Höhe des nun abgeschlossenen Betrages gestellt. Nach Angaben aus dem Bundesamt für Außenwirtschaft liegt die Kreditsumme jedoch an der oberen Grenze der bislang gewährten Mischkredite. Das Abkommen muß noch vom Schweizerischen Bundesrat ratifiziert werden und dürfte im Oktober 1984 in Kraft treten. (NZZ, 1.9.1984) -lou-

\*(33)

#### Chen Muhua über den Handel mit osteuropäischen Staaten

Die Ministerin für Außenwirtschaft und Außenhandel, Chen Muhua, erklärte, daß der Außenhandelsumsatz der Volksrepublik mit den osteuropäischen Staaten Bulgarien, DDR, Tschechoslowakei, Polen und Ungarn im Jahre 1984 wahrscheinlich 1 Mrd. US\$ betragen wird, was etwa dem Rekordergebnis von 1980 entsprechen würde. Nach einem lebhaften Handelsaustausch in den 1950er Jahren sank der Anteil der osteuropäischen Staaten in den 60er Jahren, um zu Beginn der 1970er Jahre wieder anzusteigen. Nach Meinung von Chen lag das Hauptproblem bei der Ausweitung des Handels darin, daß die Warensortimente für den Austausch nicht weit genug aufgefächert seien und daß einige Waren nicht den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprächen.

China könne aus osteuropäischen Ländern rund 3.000 technologische Installationen importieren, um die bestehenden Betriebe technisch umzuformen. Ihrerseits benötigten die osteuropäischen Länder chinesische Industrieprodukte, Mineralien, Produkte der Leicht- und Textilindustrie sowie landwirtschaftliche Produkte und Nebenprodukte.

Chen sagte, daß es immer noch einen Mangel bei der gegenseitigen Verständigung gebe. Nachdem der Minister für Schwerindustrie der Deutschen Demokratischen Republik die Städte Dalian und Shenyang Anfang 1984 besucht hatte, habe er gesagt, die Deutschen verstünden China nicht. Der stellvertretende Handelsminister der Tschechoslowakei erklärte nach einem Besuch von Produktionsstätten in Beijing, Shanghai und der Provinz Jiangsu, daß er sich vorstellen könne, daß sein Land Fernsehgeräte und Kassettenspieler importieren könne.

Die Ministerin nahm Bezug auf ihre Besuche in Ungarn, Polen und in der Tschechoslowakei zwischen dem 24. Juni und dem 17. Juli 1984. Im Verlauf dieser Besuche wurden Vereinbarungen und Protokolle mit diesen Ländern über die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit und den Handel sowie über die Errichtung einer Kommission über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Handels, der wissenschaftlichen und technologischen Forschung abgeschlossen. Dies habe eine neue Ära in den Handelsbeziehungen der Volksrepublik mit Osteuropa eingeleitet.

Chen nannte vier Vorteile für die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Volksrepublik mit den osteuropäischen Ländern. (1) Chinas Öffnungspolitik sei langfristig angelegt und schaffe wichtige Vorbedingungen für das Wachstum des Handels. (2) Jedes Land habe seine Stärken und Schwächen, und man könne einander durch Zusammenarbeit helfen. (3) Sowohl die Volksrepublik als auch die osteuropäischen Staaten haben die Einrichtungen für gemeinsame Produktion und Forschung hinsichtlich neuer Produkte und die gemeinsame Durchführung von Projekten. (4) Die Volksrepublik benötigt die Techniken und Ausrüstungen der osteuropäischen Staaten, um dem Land zu helfen, die bestehenden Betriebe umzuformen. (XNA, 4.9.84) -lou-

\* (34)

**Ölproduktion und Ölexporte steigen**  
Wie der stellvertretende Ölminister der Volksrepublik mitteilte, werden in diesem Jahr mehr als 110 Mio.t Rohöl gefördert. Die Produktionsmenge des Jahres 1983 betrug 106 Mio.t.

In der ersten Hälfte des Jahres 1984 stiegen die Erdölausfuhren der Volksrepublik um rund 50% gegenüber dem Vorjahr auf 9,4 Mio.t. Nach Angaben westlicher Experten hat die Volksrepublik

laut den neuesten Zollstatistiken im ersten Halbjahr seine Ausfuhren bei Raffinerieprodukten bezüglich der Vergleichsperiode des Vorjahres wertmäßig um 13,5% gesteigert und die gesamten Ölexporteinnahmen um mehr als 40% auf 5,28 Mrd. Yuan erhöht. (XNA, 21.9.1984 und NZZ, 5.10.1984)

Wie Kang Shi'en, Mitglied des Staatsrates und früherer Minister für die Erdölindustrie, mitteilte, denkt die Volksrepublik daran, auch für die Festlandförderung von Öl die Hilfe ausländischer Firmen in Anspruch zu nehmen. (Financial Times, 10.10.1984) -lou-

## WIRTSCHAFT

\*

\*

\* \* \* \* \*

\* (35)

### Verringerung der Investitionen im VII. Fünfjahresplan

Nach Angaben von Song Ping, Staatskommissar und Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission, wird es während der Periode der siebten (1986-1990) und der achten (1991-1995) Fünfjahrespläne wesentliche Änderungen bei den Investitionen geben. Es werden weniger neue Betriebe gebaut werden, beträchtliche Investitionsmittel werden auf die technische Umformung, Modifizierung und Ausweitung der bestehenden Betriebe verwendet werden, um deren technologischen Standard und Produktionskapazität zu verbessern. Die wichtigsten Aufgaben für den siebten Fünfjahresplan bestünden darin, ein ständiges Wachstum der Volkswirtschaft zu erreichen, die weitere Verbesserung des Lebensstandards zu fördern und die Grundlagen für eine kräftige Entwicklung der Wirtschaft in der nächsten Dekade zu legen.

Wie Song mitteilte, beabsichtigten nach den jetzigen Informationen die verschiedenen Abteilungen und Regionen, mehr als 3.000 große und mittelgroße Betriebe während des siebten Fünfjahresplanes zu bauen. Falls man diesen Wünschen nachgebe, würde der Bereich der Anlageinvestitionen überdehnt und die wirtschaftlichen Ergebnisse nicht gut ausfallen. Song sagte, daß es während der 1950er Jahre wichtig war, die Bemühungen auf den Bau neuer Betriebe zu legen. Anderenfalls wäre es nicht möglich gewesen, eine rationale Industriestruktur aufzubauen. In einer langen Zeit des Aufbaus seien nun mehrere 100.000 große, mittelgroße und kleine Betriebe aufgebaut worden, einschließlich einiger Schlüsselbetriebe; die Industriestruktur habe auf diese Weise Formen angenommen. In Anbetracht

der geänderten Verhältnisse sollte nun der technischen Umgestaltung der bestehenden Betriebe ein wichtiger Platz eingeräumt werden. Dieses Problem sei viele Jahre bereits diskutiert, doch nicht sehr gut gelöst worden. Dies sei auch ein wichtiger Grund für die hohen Inputs, die niedrige Produktqualität und die niedrigen wirtschaftlichen Ergebnisse in der chinesischen Industrie. Falls es nicht gelinge, sich von dem alten Konzept, das darin bestand, die Nutzung der bestehenden Betriebe zu vernachlässigen und einseitig neue Projekte zu bauen, zu lösen, so würde der Weg der wirtschaftlichen Entwicklung immer enger und enger werden.

Nach Song bedeutet die Konzentration auf die bestehenden Betriebe natürlich nicht, daß keine neuen Projekte gebaut werden sollen. Natürlich sei es nötig, eine Anzahl von wichtigen Projekten während des siebten Fünfjahresplanes zu beginnen, um den "Schlüssel"-Aufbau zu stärken und eine langfristige Entwicklung vorzubereiten. Doch im allgemeinen sei im Vergleich mit dem sechsten Fünfjahresplan eine große Reduzierung der Anzahl der neuen Projekte im ganzen Lande vonnöten (XNA, 8.9.1984, zit. nach SWB, 11.9.1984). -lou-

\* (36)

### Zweite Phase der Steuerreform beginnt

Auf der 7. Sitzung des VI. Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses am 11.9.1984 erklärte Wang Bingqian, Staatskommissar und Finanzminister, daß die Ersetzung der Gewinnablieferungen durch Steuerzahlungen die Richtung der Reform bestimmten. Einer Bitte des Staatsrates entsprechend erklärte Wang dem Ständigen Ausschuß die Reformmaßnahme und die entsprechenden Steuerregelungen. Er sagte, seit 1983 hätten die staatlichen Betriebe die erste Phase der Reform durchgeführt, in dem von den gewinnerzielenden Unternehmen Einkommenssteuern bezahlt worden seien. Das heißt, anstatt die Gewinne an den Staat abzuführen, hätten die staatlichen Betriebe den größten Teil ihrer Profite an den Staat in Form von Einkommenssteuern abgeführt. Nach Zahlung der Steuern, seien die kleinen staatlichen Betriebe selbst für ihre eigenen Gewinne oder Verluste verantwortlich gewesen; die relativ geringe Zahl derjenigen Unternehmen, deren Gewinne nach Steuern relativ groß waren, mußten eine sog. Vertragsgebühr (chengbao fei) zahlen. Außer einer rationalen Summe von einzubehaltenden Gewinnen sei von den großen und mittleren staatlichen Unternehmen gefor-